

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Brauer und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/5026 —

Versalzung der Werra und Weser

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen hat mit Schreiben vom 10. August 1989 – Z A 6 – 1445 – die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Seit 1968 leiten die Kaligruben der DDR und in geringerem Umfang auch bundesdeutsche Kaligruben enorme Mengen an Salzen in die Werra. Diese Einleitungen bewirken, daß in dem Flußsystem Werra/Weser teilweise höhere Salzkonzentrationen zu finden sind als in der Nordsee. Große ökologische Schäden werden von den Einleitungen bis zur Mündung in die Nordsee registriert.

Seit 1980 finden Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Reduzierung der Salzeinleitungen in die Werra und die in der Bundesrepublik Deutschland stattfindenden Salzverpressungen statt. Ergebnisse sind bis heute nicht in Sicht. Doch unsere Flüsse haben die Grenze der erträglichen Belastungen längst überschritten.

1. Welche Salze werden in welchen Mengen in der DDR in die Werra eingeleitet, und zu welchen Salzkonzentrationen kommt es deshalb in der Werra?

Die DDR hat bisher keine Angaben über die von den Kaliwerken in die Werra eingeleiteten Salz mengen gemacht. Im Bundesgebiet wurden 1986 bei der Meßstation „Letzter Heller“ folgende durchschnittlichen Salzkonzentrationen in der Werra gemessen:

Cl	Na	Ka	Mg	Ca
5 251 mg/l	2 702 mg/l	224,4 mg/l	380,3 mg/l	129,2 mg/l

Die Chloridfracht errechnet sich zu 241 kg/s.

2. Welche Salze werden in der Bundesrepublik Deutschland in welchen Mengen in das Einzugsgebiet der Weser eingeleitet?

Die hessischen Kaliwerke leiten durchschnittlich 15 kg/s Chloride in die Werra ein. Die niedersächsischen Werke geben ca. 8 kg/s Chloride in die Weser ab.

3. Welche Salzkonzentrationen werden in der Bundesrepublik Deutschland entlang der Werra und Weser von der Grenze zur DDR bis zur Mündung in die Nordsee gemessen?

Station „Letzter Heller“ siehe Frage 1

Station Porta an der Weser

Cl	Na	Ka	Mg	Ca
1 489 mg/l	747,4 mg/l	77,8 mg/l	107,2 mg/l	73,3 mg/l

Die Chloridfracht errechnet sich zu 251 kg/s.

Station Bremen Hemelingen

Cl	Na	Ka	Mg	Ca
882 mg/l	466,3 mg/l	53,7 mg/l	77,3 mg/l	88,0 mg/l

Die Chloridfracht errechnet sich zu 251 kg/s.

4. Welche ökologischen Auswirkungen haben diese Salzeinleitungen nach Kenntnis der Bundesregierung?

Die Salzeinleitungen in die Werra und die Weser ziehen gravierende ökologische Schäden nach sich. Aufgrund der hohen Salzbelastungen und der täglichen Schwankungen der Salzkonzentration in Werra und Weser ist die Gewässerbiozönose schwer geschädigt. Die hohen Salzbelastungen und die täglichen Schwankungen der Salzkonzentration haben ihre Ursache in den Einleitungen der DDR-Werke, während die Werke der Kaliindustrie der Bundesrepublik Deutschland strengen Auflagen unterliegen, die Schwankungen hinsichtlich der Salzlaugeneinleitungen vermeiden.

Von den Störungen ist die gesamte Nährstoffkette von den Primärproduzenten bis zu den Endkonsumenten betroffen, d. h. Fischnährstoffe und Unterwasserpflanzen sind ebenso in Mitleidenschaft gezogen wie der Fischbestand selbst. Das stark salzhaltige Wasser der Werra bewirkt z. B. im Bereich des Zusammentreffens von Werra und Fulda ein Absterben des Planktons.

5. Welche Salze werden in der Bundesrepublik Deutschland in welchen Mengen verpreßt?

Versenkt werden in Teufen von 400 bis 800 m in den Plattendolomit vor allem die bei der Aufbereitung der Kalirohsalze entstehenden Salzlösungen mit Härtebildnern (Magnesiumsalze) und mit restlichen Chloriden von Natrium und Kalium.

Versenkmengen (in Mio. m³)

1984	13,0
1985	13,7
1986	9,8
1987	10,6
1988	10,7

6. Welche Auswirkungen haben diese Verpressungen?

Die Auswirkungen der Versenktätigkeit der hessischen Kaliwerke werden von einem Ausschuß des Regierungspräsidenten Kassel überwacht, in dem vier Behörden vertreten sind. Außer bei wenigen altbekannten, nicht für die Trinkwasserversorgung nutzbaren Salzwasseraustritten, in deren Wasser Salzabwasseranteile chemisch nachweisbar sind, sind nach den Jahresberichten des Ausschusses keine Auswirkungen bekanntgeworden.

7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Presseberichte und die Aussagen der DDR, daß die Verpressungen für Erdstöße und Erdbeben verantwortlich sind?

Zwischen der Versenkung von Salzabwasser im hessischen Grenzgebiet und den Gebirgsschlägen in der DDR besteht kein ursächlicher Zusammenhang. Der von der DDR erhobene pauschale Vorwurf wurde bereits in einem Gutachten der Bundesregierung vom 22. Juni 1977 zum Gebirgsschlag vom 23. Juli 1975 in der Grube „Marx-Engels“ der DDR zurückgewiesen. Die Erkenntnisse des Gutachtens wurden durch kontinuierliche Messungen einer seit 1979 auf dem Kaliwerk Hattorf installierten seismischen Station bestätigt.

8. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, daß ein Teil der Salzlauge in der Bundesrepublik Deutschland das Grundwasser schädigt?

Auf die Antwort zu Frage 6 wird verwiesen.

9. Wie beurteilt die Bundesregierung den hohen Salzanteil, durch den selbst Kanalrohre zerfressen werden, im Grundwasser der osthessischen Stadt Heringen?

Der Bundesregierung liegen Meßergebnisse über den Salzanteil im Grundwasser im Gebiet der osthessischen Stadt Heringen nicht vor. Nach hessischen Angaben sei die Versalzung des Grundwassers der Werratalaue im Raum Heringen im Zusammenhang mit dem Bau der Kläranlage von dem o. g. Ausschuß zur Versenküberwachung gesondert untersucht und in einem ausführlichen Bericht festgehalten worden. Danach waren die Ursachen vielschichtig und nicht klar voneinander zu trennen,

wobei sowohl geogene als auch anthropogene Einflußfaktoren wirksam waren. Salzwassereinbrüche aus der DDR haben hierbei ebenfalls eine Rolle gespielt.

10. Welche weiteren Schäden durch die Salzverpressung sind der Bundesregierung bekannt?

Keine.

11. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, daß ein Teil der in der Bundesrepublik Deutschland verpreßten Salze in der DDR an die Oberfläche kommt oder dort das Grundwasser versalzt?

Diese Behauptung ist im Jahre 1977 von der DDR im Zuge der Verhandlungen über den Gebirgsschlag vom 23. Juni 1975 in der Grube „Marx-Engels“ der DDR im Rahmen von übergebenen Gutachten vorgetragen worden. Die Einlassungen der DDR waren nicht schlüssig, enthielten keine näheren Angaben und wurden daher von der Bundesregierung zurückgewiesen.

12. Welche Gutachten liegen der Bundesregierung über die Auswirkungen der Verpressungen vor?

Dem Land Hessen liegen die Jahresberichte der Versenküberwachung vor (s. auch Frage 6). Im Zusammenhang mit dem Gebirgsschlag vom 23. Juni 1975 in der Grube „Marx-Engels“ hat die DDR am 27. Januar 1976 u. a. Gutachten übergeben über

- a) „die geomechanischen Auswirkungen von Flüssigkeitsinjektionen auf die Stabilität des Deckgebirges im Werra-Kalirevier“ und
b) „die geologisch-tektonische und hydrologische Situation im Werra-Kalirevier unter besonderer Berücksichtigung eingepreßter Kaliabwässer in das Deckgebirge der Gruben „Marx-Engels“ und „Ernst-Thälmann“ des VEB Kalibetriebes Werra“. Am 5. Oktober 1977 wurde ein weiteres Gutachten „über den Zufluß der in der BRD verpreßten Kaliabwässer in das Hoheitsgebiet der DDR“ übergeben.

In dem in der Antwort zu Frage 7 erwähnten Gutachten hat die Bundesregierung zu den beiden ersten Gutachten Stellung genommen.

Im Zusammenhang mit dem Gebirgsschlag vom 13. März 1989 in der Grube „Ernst-Thälmann“ der DDR hat die DDR am 26. Juli 1989 ein Gutachten übergeben, das sich u. a. mit dem hydrodynamischen System im Deckgebirge der Werra-Kalilagerstätte der DDR und mit flüssigkeitsinduzierter Seismizität befaßt. Das Gutachten wird z. Z. ausgewertet.

13. Befinden sich hierunter auch Gutachten des bundesdeutschen Geologen Alfred Finkenwirth?

Nein. – Der Geologe Dr. Finkenwirth hat aber an dem Gutachten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 22. Juni 1977 zum Gebirgsschlag vom 23. Juni 1975 in der Grube „Marx-Engels“ der DDR mitgearbeitet.

14. Sind der Bundesregierung die Aussagen des Geologen Alfred Finkenwirth bekannt, daß die ostthessischen Untertagespeicher ein nur quasi geschlossenes System sind?

Ja; diese Aussage ist in Müll- und Abfallbeseitigung – Müll-Handbuch – (Lieferung 1/88, 8195; Berlin [West], Erich Schmidt Verlag) veröffentlicht worden. Mit der erwähnten Formulierung wird lediglich dargelegt, daß der Versenkhorizont (Plattendolomit) kein absolut geschlossenes System darstellt.

15. Wieviel Prozent der verpreßten Salzlauge gelangen nach Erkenntnissen der Bundesregierung in das Grundwasser?

Nach der erwähnten Veröffentlichung im Müll-Handbuch haben vor einigen Jahren durchgeführte Untersuchungen ergeben, daß von den versenkten Chloridmengen nur etwa 1,5 % über Quellaustritte in den Bereich des oberflächennahen Grundwassers und dann in die Vorflut gelangten.

16. Wieviel m³ wurden seit Beginn der Verpressung 1925 in den Boden gepumpt?

Da die Versenkmengen der DDR-Kaliwerke nur unvollständig bekannt sind, ist die Gesamtmenge nicht genau anzugeben. Sie dürfte aber etwa bei 820 Mio. m³ liegen.

17. Wieviel m³ sind bis jetzt in das Grundwasser gelangt?

Die Frage ist nicht zu beantworten. Auch das im tieferen Untergrund zirkulierende natürlich versalzene Formationswasser gehört definitionsgemäß zum Grundwasser. Eine nähere Differenzierung ist daher nicht möglich.

18. Wieviel m³ wurden in den letzten fünf Jahren verpreßt?

In den Jahren 1984 bis 1988 wurden 57,8 Mio. m³ versenkt.

19. Wieviel m³ gelangten in den letzten fünf Jahren in das Grundwasser?

Diese Frage ist aus den zur Frage 17 genannten Gründen nicht zu beantworten.

20. Befinden sich unter den der Bundesregierung bekannten Gutachten auch solche aus der DDR?
21. Hat die DDR solche Gutachten der Bundesregierung angeboten?

Auf die Antwort zur Frage 12 wird verwiesen.

22. Ist die Bundesregierung bereit, alle ihr über Werra-/Weser-Versalzung und -salzverpressung vorliegenden Gutachten den Mitgliedern des Parlaments auf Anfrage unverzüglich zur Verfügung zu stellen? Falls nein, warum nicht?

Die Bundesregierung ist bereit, interessierten Mitgliedern des Parlaments Einsicht in die vorliegenden einschlägigen Gutachten zu geben.

23. Wie ist der momentane Stand der Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in dieser Angelegenheit?
24. Wie oft und jeweils für welchen Zeitraum wurden die seit nunmehr neun Jahren laufenden Verhandlungen unterbrochen?
25. Auf welchen Wunsch und mit welchen Begründungen wurden die Verhandlungen jeweils unterbrochen?

Im April 1980 war mit der DDR Übereinstimmung erzielt worden, „Experten zu beauftragen, vom 1. September 1980 an in Erörterungen einzutreten über

- die Einleitung von Maßnahmen, die zu einer Reduzierung der Salzbelastung der Werra führen,
- die Einleitung von Maßnahmen zur Reduzierung der Versenkfähigkeit von Kalilaugen im unmittelbaren Grenzgebiet,
- die Vereinbarung von Maßnahmen zur Erhöhung der Bergbausicherheit, insbesondere zum Sprengregime unter Tage sowie
- den grenzüberschreitenden untertägigen Kaliabbau“.

Diese Expertengespräche sind im September 1980 aufgenommen und nach Klärung technischer Lösungsmöglichkeiten für die aufgeführten vier Sachbereiche im Juli 1982 abgeschlossen worden.

Da die DDR Maßnahmen zur Reduzierung der Salzbelastung der Werra von vornherein von der Zusage einer finanziellen Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland abhängig gemacht hatte, wurde zunächst eine entsprechende Abstimmung zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Weseranliegerländer erforderlich. Nach erzieltm Einvernehmen über die Höhe eines finanziellen Beteiligungsrahmens wurden im Oktober 1984 Ver-

handlungen über die vier Sachbereiche aufgenommen. Im Dezember 1984 wurde eine Vereinbarung über den grenzüberschreitenden Kaliabbau und im Februar 1985 eine Vereinbarung über abgestimmte Sprengzeiten in benachbarten Kaligruben abgeschlossen. In den Bereichen Versenkung von Kalilaugen und Reduzierung der Werraversalzung wurden zwar Fortschritte und Annäherungen in den Positionen beider Seiten erreicht, die Verhandlungen wurden dennoch im Oktober 1986 unterbrochen, weil die DDR trotz nachhaltiger Bemühungen der Bundesregierung es definitiv ablehnte, das Verfahren der Salzflotation, ein in der DDR bereits praktiziertes Verfahren, das schnell und wirksam zur Reduzierung der Salzbelastung der Werra führen würde, in ihren Kaliwerken an der Werra zur Anwendung zu bringen. Statt dessen fordert die DDR einen Transfer des von der westdeutschen Kaliindustrie entwickelten elektrostatischen Trockentrennverfahrens (ESTA) und eine hohe finanzielle Beteiligung an ihren Reduzierungsmaßnahmen.

In der Folgezeit wurden die Bemühungen um eine Regelung zur Reduzierung der Versalzung der Werra auf politischer Ebene fortgesetzt. Beispielsweise wurde im Kommuniqué über den Besuch von Erich Honecker im September 1987 festgestellt:

„Beide Seiten stimmten überein, die Verhandlungen zu Fragen der Reduzierung der Salzbelastung der Werra sowie der Kaliabwasserversenkung zügig fortzuführen und möglichst bald mit einem ausgewogenen Ergebnis positiv abzuschließen.“

Eine Einigung konnte wegen einer Reihe divergierender und nicht überbrückbarer Positionen bisher nicht erreicht werden. Die Bemühungen werden fortgesetzt.

26. Wie lauten die derzeitigen Forderungen und die derzeitigen Angebote der DDR bei diesen Verhandlungen?
27. Wie lauten die derzeitigen Forderungen und die derzeitigen Angebote der Bundesrepublik Deutschland bei diesen Verhandlungen?

Die Bundesregierung hat zuletzt eine Anfrage von MdB Weirich zum Stand der Verhandlungen beantwortet (Drucksache 11/4545 vom 12. Mai 1989, S. 30f.). Die Bundesregierung bittet um Verständnis, daß mit Rücksicht auf laufende Verhandlungen keine darüber hinausgehenden Einzelheiten mitgeteilt werden können.

28. Wie ließen sich die Salzeinleitungen durch das ESTA-Verfahren verringern?

Der Einsatz des ESTA-Verfahrens könnte eine Reduzierung der Salzfracht aus dem thüringischen Kalirevier von schätzungsweise 100 – 110 kg/s Chloriden bewirken. Das ESTA-Verfahren wäre ein die Umwelt entlastendes Verfahren, das die Kieseritwäsche (Naßverfahren) ersetzen würde.

29. Warum wird dieses Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland nicht eingesetzt?

Dieses Verfahren ist von der westdeutschen Kaliindustrie entwickelt worden und wird von ihr im Werra-Kalirevier eingesetzt.

30. Ist bei den Verhandlungen über die Salzeinleitungen auch von Export- oder Produktionsbeschränkungen der DDR für ihre Kali-Produkte die Rede?
31. Fordert die Bundesregierung von der DDR Exportbeschränkungen für DDR-Salze?
32. Ist der Bundesregierung bekannt oder unterstützt die Bundesregierung die Forderungen der K. & S. nach Exportbeschränkungen für DDR-Salze im Gegenzug für Lizenzen beim ESTA-Verfahren?

Auf die Antwort zu den Fragen 26 und 27 wird verwiesen. Es handelt sich im übrigen um Verhandlungsgegenstände, die auch vom Patentinhaber im Rahmen kommerzieller Vereinbarungen zu regeln wären.